



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009  
Betrachtungen über die Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR und die  
Gründung von Nachfolgeinstitutionen (2005)

Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Joehnk, ein westdeutscher Mitbegründer des Leibniz-Instituts für Festkörper- und Werkstoffforschung Dresden, beschreibt die wesentlichen Schritte bei der Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR und bietet eine verhalten positive Einschätzung der Auswirkungen der Vereinigung auf die Innovationsfreudigkeit der ostdeutschen Wissenschaft. Professor Joehnk ist der jetzige Kaufmännische Direktor des Helmholtz-Zentrums Dresden-Rossendorf.

---

## **Die Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR und ihre Überführung in neue Strukturen – ein Beispiel für den Konversionsprozess in Ostdeutschland in Folge der Wiedervereinigung**

### **Einführung:**

[ . . . ]

Nicht nur die alten Kombiatsstrukturen der DDR-Wirtschaft brachen 1990 weg, auch die Wissenschaftslandschaft wurde in einem gewaltigen Transformationsprozess umgestaltet und den westlichen Strukturen angepasst. Der Autor dieses Beitrages versteht sich nicht als Historiker und möchte auch keine politische Bewertung des gesamten Prozesses vornehmen. Als Manager und Beteiligter liegt sein Fokus alleine auf der Gestaltung des Veränderungsprozesses, der Entscheidungsvorbereitung und -findung sowie auf der Analyse der erreichten Ergebnisse. Denn trotz der Einmaligkeit des Wiedervereinigungsprozesses in Deutschland sind die ihm zugrunde liegenden Mechanismen im Management übertragbar auch auf andere Problemstellungen in anderen Ländern – und das ist es, was man aus diesem Beitrag lernen kann.

Die Leser sollten insbesondere bei der Betrachtung der Zeitabläufe beachten, dass die Währungsunion zwischen der BRD und der DDR zum 01.07.1990 in Kraft trat und die Wiedervereinigung am 03.10.1990 vollzogen wurde. Bis dahin galt in großen Zügen im Osten das Recht der DDR unverändert weiter, das heißt, dass ein Großteil der aufgelisteten Aktivitäten nach geltendem Recht verboten bzw. nicht zulässig war.

## **I. Die Veränderungen in der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW)**

Aus öffentlich zugänglichen Quellen und internen Protokollen lassen sich folgende markante Anlässe im Veränderungsprozess der AdW auflisten:

### **26.1.1990**

Direktorenkonferenz der AdW in Berlin

Es wird eine Deklaration verfasst, die die Unabhängigkeit der AdW von staatlichen Stellen beschreibt.

### **März 1990**

Eine Initiativgruppe legt einen Vorschlag zur Neuordnung der AdW vor. Ziel ist die Bildung einer Forschungsgemeinschaft der einzelnen AdW-Institute, die sich in Sektionen gliedern und durch Sektionsräte geleitet werden sollen. Die Finanzierung soll durch den Staat erfolgen. Es wird vorgeschlagen, aus den anwendungsnah arbeitenden Instituten eine „Leibniz-Gesellschaft“ zu gründen, die sich zu 40 % aus dem Staatshaushalt und zu 60 % aus Industrieaufträgen finanziert.

Die Max-Planck-Gesellschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft in der BRD widersprachen dieser Absicht im Hinblick auf die zukünftige gesamtdeutsche Forschungslandschaft entschieden.

(Tenor: Deutschland braucht keine weitere Wissenschaftsorganisation)

### **Juli 1990**

Treffen der Forschungsminister Riesenhuber (BRD) und Terpe (DDR)

Es wird vereinbart, dass der Wissenschaftsrat der BRD die AdW-Institute der DDR evaluiert und Empfehlungen erarbeitet zu

- Fortbestand der einzelnen Institute
- oder Veränderung im wissenschaftlichen Profil und/oder der Trägerschaft
- oder der Schließung von Instituten.

In einem offenen Brief wenden sich Minister Terpe und AdW-Präsident Klinkmann an die Mitarbeiter der Institute. Darin erläuterten sie die Notwendigkeit des Umgestaltungsprozesses

und fordern die Institute auf, zügig solche Arbeiten einzustellen, die nicht mehr durch die Forschung getragen werden können (technologische Aufgaben, Produktion und Dienstleistungen).

### **31.8.1990**

Der Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR wird unterzeichnet. In Artikel 38 dieses Vertrages wird festgelegt, dass die AdW-Institute spätestens zum 31.12.1991 geschlossen werden.

### **3.10.1990**

Wiedervereinigung

In Ostdeutschland werden entsprechend dem westdeutschen Vorbild Bundesländer geschaffen. Die neuen Bundesländer sind:

- Mecklenburg-Vorpommern
- Brandenburg
- Sachsen-Anhalt
- Sachsen
- Thüringen

Ostberlin geht in dem Stadtstaat Berlin auf.

Die AdW-Institute werden unselbständige Landeseinrichtungen und dem jeweiligen Sitzland zugeordnet. Die neuen Länder (Beitrittsländer) haben sich darauf geeinigt, aus dem Bestand der zentralen Leitungsorgane der AdW eine Koordinierungsstelle für alle im Zusammenhang mit der Auflösung der AdW-Institute auftretenden Fragen zu bilden (KAI – AdW).

### **20.12.1990**

Adlershofer Erklärung

21 Professoren der AdW fordern in dieser Erklärung eine sofortige und bedingungslose Auflösung der AdW wegen mangelnder Bereitschaft zur Bewältigung der politischen Vergangenheit.

### **18.3.1991**

Treffen mit Bundesforschungsminister Riesenhuber, den Wissenschaftsministern der neuen Bundesländer und dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Prof. Simon.

Es wird eine Empfehlung erarbeitet, nach der in Ostdeutschland neue Institute gegründet werden sollen mit etwa 7.000 bis 10.000 Mitarbeitern insgesamt.

Diese neuen Institute sollen durch den Bund und das jeweilige Bundesland zu je 50 % finanziert werden. Teile der AdW-Institute sollen mit staatlicher, zeitlich befristeter Unterstützung (Wissenschaftlerintegrationsprogramm – WIP; Hochschulerneuerungsprogramm – HEP) an Hochschulen eingegliedert werden.

Der Bund stellt in größerem Umfang finanzielle Unterstützung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (z. B. Umschulung) in Aussicht.

Das Eigentum der AdW-Institute soll den Sitzländern zufallen.

### **10.5.1991**

Treffen der Wissenschaftsminister in Berlin

In diesem Treffen werden „Leitlinien der institutionellen Förderung in den neuen Bundesländern“ verabschiedet mit folgenden Kernpunkten:

- Gründung neuer Institute bis zum 31.12.1991
- Ausschreibung der wissenschaftlichen Leitungsfunktionen, jeweils gemeinsam mit einer Universität (gemeinsame Berufungen)
- Bestellung von Gründungsdirektoren
- Personalauswahl nach den Grundsätzen für den öffentlichen Dienst (das heißt, wer früher zu staatsnah beschäftigt war, z. B. als Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, durfte nicht eingestellt werden)
- Degressiv angelegte finanzielle Hilfen für den Personalabbau
- Die Ausgewogenheit der Forschungslandschaft soll mit bedacht werden.

### **16.8.1991**

Regelung zur Sicherung der Forschungsergebnisse und Schutzrechte durch KAI – AdW

### **19.9.1991**

Konferenz der Wissenschaftsminister der neuen Bundesländer mit Vertretern des Bundesforschungsministeriums und des Wissenschaftsrates in Dresden

- Die Evaluierung ist abgeschlossen. Die AdW-Institute werden aufgeteilt auf wenige Großforschungseinrichtungen, eine Vielzahl von Einrichtungen in gemeinsamer Finanzverantwortung von Bund und Land sowie Instituten und Arbeitsgruppen der FhG und MPG.
- Unklar bleibt lediglich der Status des Forschungszentrums Rossendorf (Großforschungszentrum oder nicht?)
- Es sollen ca. 10.000 Beschäftigte in neue Arbeitsverhältnisse übernommen werden.
- Für die neuen Institute werden als Anschubfinanzierung 100 Mio. DM zur Verfügung gestellt, die vornehmlich für Investitionen in neue Ausstattung/Geräte verwendet werden sollen.
- Der Personalbestand der AdW wurde von 24.000 Mitarbeitern im Mai 1990 auf 16.766 im August 1991 reduziert.
- Für das Wissenschaftler-Integrations-Programm liegen rd. 2000 Anträge vor. Die Hochschulen fordern eine Verlängerung der zeitlichen Limitierung über das Jahr 1993 hinaus.

### **10.3.1992**

Das Bundesverfassungsgericht bestätigt die Rechtmäßigkeit der Regelungen im Artikel 38 des Einigungsvertrages (Evaluierung der AdW durch den Wissenschaftsrat der BRD, Auflösung der Institute zum 31.12.1991).

### **30.6.1992**

KAI – AdW beendet seine Tätigkeit zur Abwicklung der Institute. Die Akademie der Wissenschaften der DDR existiert nicht mehr.

[ . . . ]

## **V. Auswirkungen auf die Wissenschaftslandschaft in Deutschland**

[ . . . ]

Man kann heute dazu folgende Thesen aufstellen:

- Aufgrund der Neubildung der wissenschaftlichen Landschaft in Ostdeutschland sind viele neue, moderne und effiziente Institute entstanden, von denen einige selbst Vorbildcharakter für gute westdeutsche Institute haben.
- Die Entwicklung des Instrumentes der gemeinsamen Förderung durch Bund und Länder wurde durch die 33 neuen Institute im Osten ganz wesentlich beeinflusst.
- Der Prozess der Selbstfindung dieser Institute hat starke Impulse aus dem Osten erhalten, die es ermöglichten, dass die Leibniz-Institute heute eine der vier Säulen im Wissenschaftssystem Deutschlands darstellen.

Die wissenschaftspolitische Bedeutung der Leibniz-Institute veranlasste den Ausschuss Forschungsförderung der Bund-Länder-Kommission für Forschungs koordinierung in seiner Sitzung am 4.9.2001 zu folgenden Aussagen:

- Wichtiges Instrument der Forschungspolitik in Deutschland
- überregionale Bedeutung, gesamtstaatliche wissenschaftspolitische Interessenwahrnehmung
- gibt Bund und Ländern die Möglichkeit zur flexiblen Reaktion
- ermöglicht wichtige länderübergreifende Forschung
- Einrichtungen leisten gute bis sehr gute, z. T. internationale Spitzenergebnisse.

Aber auch für die anderen Forschungsorganisationen wurden durch den Wiedervereinigungsprozess erheblich beeinflusst. Als ein kleines Beispiel sei darauf verwiesen, dass die Fraunhofer-Gesellschaft in Dresden/Sachsen heute ihr größtes Institutszentrum hat und die Max-Planck-Gesellschaft alleine in Dresden 3 große Institute betreibt.

## **VI. Schlussbemerkung**

Selbst für einen Prozessbeteiligten haben die vergangenen 15 Jahre viele überraschende Ergebnisse und Erfolge gebracht, die man während der einzelnen Prozessstufen nicht für möglich gehalten hätte; die Zeit verging dabei mit einem enormen Tempo.

Heute können die Beteiligten oder Betroffenen mit Stolz, zumindest aber mit Befriedigung auf das Erreichte zurückschauen, dass ohne ihr tatkräftiges und zum Teil mutiges Mitwirken nicht zu leisten gewesen wäre. Vielleicht hatten sie aber auch gar keine andere Chance als nach Vorne zu schauen und ihr Schicksal selber mit zu gestalten.

Gutes Management in den Instituten war dabei unverzichtbar – ebenso wie die finanzielle Unterstützung durch die Geldgeber. Wie immer ging es im Wesentlichen um Qualität: Gute Wissenschaft kostet Geld. Schlechte Wissenschaft kann sich keiner leisten.

Quelle: Peter Joehnk, „Die Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR und ihre Überführung in neue Strukturen – ein Beispiel für den Konversionsprozess in Ostdeutschland in Folge der Wiedervereinigung“, [www.internationale-kooperation.de/doc/report\\_joehnk\\_964.pdf](http://www.internationale-kooperation.de/doc/report_joehnk_964.pdf), 2005.